

Offener Brief

„Für eine faire Finanzierung der Energiewende!“

Die beschlossene Umsetzung der Energiewende in Deutschland stellt für Wirtschaft und Politik eine gewaltige Herausforderung dar, die neue und kreative Antworten verlangt.

Aus unserer Sicht kann die Energiewende nur dann nachhaltig erfolgreich sein, wenn die Wettbewerbsfähigkeit auch der mittelständischen Industrie am Standort Deutschland langfristig gesichert wird.

Die aktuellen Weichenstellungen der Bundesregierung lassen allerdings das Gegenteil befürchten:

- Der „Geszentwurf zur Reform der Besonderen Ausgleichsregelung für stromkosten- und handelsintensive Unternehmen“ trifft Festlegungen bei Branchenzugehörigkeit und Stromverbrauch, die einen Großteil des industriellen Mittelstands von vorne herein von jeder Entlastung bei der EEG-Umlage ausschließen.
- Die Bundesregierung verkennt damit, dass in der globalisierten Welt **alle** Unternehmen im harten internationalen Wettbewerb stehen, auch wenn sie nicht zu den großen Stromverbrauchern zählen. Gerade mittelständische Zulieferbetriebe müssen einem besonders hohen Wettbewerbsdruck standhalten und haben kaum Chancen, Stromkostensteigerungen an ihre Kunden weiterzugeben.
- Staatlich bedingte Abgaben, die in Deutschland inzwischen mehr als die Hälfte des Strompreises betragen, haben bereits in den letzten Jahren zu erheblichen Wettbewerbsnachteilen der mittelständischen Zulieferindustrie geführt. Die Neuregelungen beim EEG verschärfen diese Entwicklung, weil sie eine weitere Umverteilung der EEG-Kosten zulasten der betroffenen KMU bewirken.
- Logische Folge sind weitere drastische Ergebnisrückgänge, die die Innovationskraft der Unternehmen schwächen und – für die Energiewende unverzichtbare - Investitionen zur Erhöhung der Energie- und Ressourceneffizienz verhindern.
- Perspektivisch drohen Produktionsverlagerungen, Insolvenzen und Arbeitsplatzverluste gerade beim innovativen Mittelstand.

Vor diesem Hintergrund erklären wir:

1. Grundsätzlich unterstützen wir die Umsetzung der Energiewende in Deutschland.
2. Wir sind auch bereit, uns an deren Kosten angemessen zu beteiligen.
3. Wir fordern aber eine ehrliche Kostendiskussion und vor allem eine faire Verteilung der Belastungen, die durch den Ausbau der erneuerbaren Energien entstehen.
4. Zusätzliche Steigerungen beim Strompreis am Standort Deutschland können unsere Betriebe nicht verkraften: Die Kostendynamik beim EEG muss deshalb dringend durchbrochen werden, Planungssicherheit bei der Strompreisentwicklung ist für uns unverzichtbar.
5. Wir rufen alle politisch Verantwortlichen dringend dazu auf, alternative Formen der Finanzierung (wie etwa Fondslösung, Steuerfinanzierung) ernsthaft zu prüfen, entsprechende Nachbesserungen bei den gesetzlichen Rahmenbedingungen vorzunehmen und so eine gerechte sowie betriebs- und volkswirtschaftlich tragfähige Umsetzung der Energiewende zu ermöglichen.